

30.10.10

Beschluss der 1. Tagung der 3. Hauptversammlung der Partei DIE LINKE in Berlin–Mitte

Für einen sozial gerechten, lebenswerten Bezirk

Als Partei DIE LINKE in Berlin-Mitte, dem Regierungsbezirk, wirken wir in einem Gebiet, das sowohl zu den sozialen Brennpunkten der Stadt gehört als auch mit beachtlichem kreativen Potential ausgestattet ist. Die Herausforderung besteht darin, den Bezirk zu einem lebenswerten und sozial gerechten Stadtraum für alle zu entwickeln. Um den Reichtum des Bezirkes für unser soziales Anliegen nutzbar zu machen, brauchen wir vielfältiges Engagement aller.

Die Bedingungen für dieses Ziel sind davon bestimmt, dass die Folgen der gesellschaftlichen Krise von der neoliberalen Regierungskoalition in einem asozialen „Sparpaket“ auf die Bürger abgewälzt werden, während die Profite der ökonomisch bestimmenden Mächte wachsen. Militarisierungsaktivitäten werden zunehmend offen den ökonomisch Herrschenden dienlich gemacht. Zugleich wachsen reaktionäre Bestrebungen, von sozialer Polarisierung durch das Prinzip „Teile und herrsche“ abzulenken, besonders durch Diffamierungen sozial Benachteiligter und das Schüren rassistischer Stimmungen. Die internationalen, globalen Entwicklungen werden immer unsicherer, weil sie von einem gnadenlosen Wettbewerbsszenario um Macht und Einfluss gekennzeichnet sind. Auswirkungen dieser Politik zeigen sich in unserem Bezirk in einer Haushaltslage, in der die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel nicht mehr für die Lösung der gravierenden sozialen Probleme ausreichen. Außerparlamentarische Proteste gegen diese Politik begrüßen wir als Unterstützung unserer SenatorInnen, Abgeordneten und Bezirksverordneten in ihrem Bestreben, linke Politik in Senat, Abgeordnetenhaus und BVV durchzusetzen und für einen Haushalt zu kämpfen, der eine unserem Bezirk angemessene Bildungs-, Jugend- und Sozialpolitik ermöglicht.

Es ist unsere Aufgabe, gemeinsam mit den vielseitigen außerparlamentarischen Kräften, z.B. den Gewerkschaften um eine soziale, demokratische und friedliche Politik zu ringen, ein politisches Kräfteverhältnis im Bezirk zu erkämpfen, in dem soziale Gerechtigkeit wieder zum gelebten Alltag für alle werden kann. Dieses Anliegen sollte in realen Vorhaben seinen Ausdruck finden, für die wir die Bürger gewinnen wollen.

Im Wahlprogramm für die Wahl zur BVV und im Arbeitsprogramm des neuen Bezirksvorstandes sollte dies seinen Niederschlag finden.

1. Wir konzentrieren uns auf die Vorbereitung eines engagierten Wahlkampfes, um ein hohes Stimmergebnis für die Partei DIE LINKE bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus und einer starken linken Fraktion in der BVV zu erringen.

Ausgehend von den sozialen Problemen, der Situation der Bürger, der Tatsache, dass unser Bezirk von gravierenden sozialen Veränderungen bestimmt ist,

- ringen wir mit ihnen vor allem um bezahlbaren Wohnraum und um bewohnbare, bürgerfreundliche Kieze, die das Lebensmilieu in seinen vielfältigen Ausdruckformen (Kinderspielflächen, Kultureinrichtungen, grüne Oasen und günstige Verkehrsbedingungen) positiv bestimmen;
- setzen wir uns ein für einen kinder- und jugendfreundlichen Bezirk, eine Kinder-, Jugend- und Bildungspolitik, die den sich verändernden Bedingungen (moderne Information und Kommunikation, neue Anforderungen an

Bildungsinhalte, an Betreuung u.a.m.) gerecht wird, sich gegen jegliche sozial diskreditierenden Praktiken richtet, allen Kindern und Jugendlichen gleiche Bildungs- und Entwicklungschancen und jungen Menschen unabhängig von ihrer Herkunft den Einstieg in ein sozial lebenswertes Berufsleben ermöglicht (gegen Praktikanten als billige Arbeitskräfte u.ä.);

- ringen wir mit Vereinen und außerparlamentarischen Bewegungen um eine Migrations- und Partizipationspolitik, die von Respekt und Toleranz für Andersartigkeit in Lebensstilen und Traditionen geprägt ist, die das Mit- und Füreinander sowie Solidarität in den Mittelpunkt stellt und sich gegen jede Form von Ausgrenzung und Diskriminierung, sowie gegen jeglichen Rassismus richtet.

Im zu erarbeitenden Wahlprogramm wird der Bezirksvorstand, gemeinsam mit der BVV-Fraktion und den Basisorganisationen den differenzierten Bedingungen der Stadtteile entsprechend, konkrete Vorhaben formulieren und Kandidaten für die zu wählende Fraktion vorschlagen, die diese Vorhaben vertreten können. Das Programm des Landesvorstandes für die Wahl zum Abgeordnetenhaus und das Programm des Bezirksvorstandes für die Wahl der BVV werden in allen Basisorganisationen mit Aktivitäten untersetzt, die zum Ziel haben, mit vielen Bürgern, auch auf der Straße an Info-Ständen, ins Gespräch zu kommen, um sie für unsere Politikangebote zu gewinnen.

2. Diese Aufgaben sind nur zu realisieren, wenn wir unsere Basisorganisationen zu Zentren der Meinungsbildung mit vielen Bürgern entwickeln.

Das bedingt,

- dass wir uns mit dem dafür notwendigen Wissen und überzeugenden Argumenten ausrüsten (z.B. Kenntnissen der Landes- und Kommunalpolitik, über die Probleme im jeweiligen Kiez, Bedingungen der Bundespolitik, die auf die konkreten Vorhaben Einfluss haben u.ä.);
- dass wir gründlich und kulturvoll die Debatte zum Programmentwurf in den BO'n und auf Bezirksebene führen. Dafür nutzen wir besonders die vom BV organisierten Basistreffen und Gesprächskreise. Wir verständigen uns gemeinsam über die Inhalte und Grundsätze, die die politische Kraft unserer Partei stärken. Mit überzeugenden Projekten und Politikangeboten ringen wir um ein politisches Kräfteverhältnis, in dem Widerstand gegen Sozial- und Demokratieabbau, gegen Kriegspolitik und Umweltzerstörung und gegen zunehmende Rechtsentwicklung geleistet wird. Wir ringen um ein Kräfteverhältnis, indem soziale Gerechtigkeit und Frieden im Land und in der Welt Lebensrealität werden können, ein Kräfteverhältnis, das den Weg zu einem Demokratischen Sozialismus ermöglicht und bestimmt;
- eine breite Zusammenarbeit mit allen politischen Kräften, Organisationen wie Einzelpersonen, die an demokratischen Veränderungen im Sinne einer solidarischen Gesellschaft Interesse zeigen. Das beginnt mit der Offenheit unserer eigenen Debatten, mit der weiteren Entwicklung einer toleranten, politischen Streitkultur in Basisorganisationen, gepaart mit der Kompromissbereitschaft bei der Suche nach Wegen, um unsere Vorhaben Realität werden zu lassen. Das aber erfordert, die Gewinnung Vieler für den Kampf gegen den sozialen Raubbau durch die Regierung, die jedes Gefühl für soziale Gerechtigkeit verloren hat. Dies erfordert langen Atem und von uns allen die tägliche Erkenntnis: Wir sind für die Menschen da;
- eine Öffentlichkeitsarbeit zu entwickeln und zu organisieren, die die neuen Informations- und Kommunikationsmittel in den Dienst unserer Politik stellt und zugleich das Vorhandene, wie „Mittendrin“, Gesprächskreise, Kinonacht

gezielter popularisiert, neue Wege dafür erschließt und vor allem junge Menschen und Neumitglieder unter Beachtung ihrer Lebensweisen und Gewohnheiten mit unserer Politik vertraut macht.

Der neu zu wählende Bezirksvorstand wird verpflichtet, gemeinsam mit den Basisorganisationen ein Arbeitsprogramm zu erarbeiten, in dem unsere Ziele in abrechenbare Vorhaben gesetzt und mit den dafür notwendigen Verantwortlichkeiten versehen werden.

Eine solche politische Führung verlangt auch, dass die Basisorganisationen den Bezirksvorstand schnell und gründlich über ihre Erfahrungen und Probleme informieren.

Die konstruktive, kritische Zusammenarbeit von Basisorganisationen, Bezirksvorstand und BVV-Fraktion ist wesentliche Bedingung für die Veränderung der politischen Situation in unserem Bezirk.